

*** (13)
Fußballniederlage mündete in
Zuschauerkrawallen**

Die 1:2 Niederlage der Fußballnationalmannschaft der VR China gegen die Auswahl von Hongkong am 19. Mai 1985 in Beijing mündete in die größten Zuschauerausschreitungen, die die chinesische Hauptstadt seit Gründung der VR China erlebt hat: 30 Polizisten wurden von Randalierern verletzt, 4 davon sogar schwer. Ein Spieler der Hongkonger Auswahl wurde am Spielfeldrand von Wurfgeschossen unzufriedener Zuschauer getroffen und erlitt Verletzungen im Gesicht und an einer Hand. 25 Fahrzeuge wurden beschädigt, darunter 4 Personenwagen von in Beijing ansässigen Ausländern und 11 Busse. 127 Unruhestifter wurden von der Polizei festgenommen.

Vor dem Spiel im Beijinger Arbeiterstadion waren wahrscheinlich die meisten der 80.000 Zuschauer davon ausgegangen, daß die chinesische Nationalmannschaft gewinnen und damit in die nächste Qualifikationsrunde für die 13. Fußballweltmeisterschaft 1986 in Mexiko einziehen würde. China galt als Favorit in der Asien-Gruppe 4A, denn die Gegner in dieser Gruppe - Hongkong, Macao und Brunei - wurden als relativ schwach eingeschätzt. Schon ein Unentschieden hätte der VRCh-Nationalmannschaft zum Einzug in die nächste Qualifikationsrunde genügt, nachdem sie eine Woche zuvor die Auswahl von Macao mit 6:0 vom Platz gefegt hatte. Zur allgemeinen Überraschung unterlag die chinesische Nationalmannschaft jedoch der Auswahl von Hongkong mit 1:2.

Nach dem Abpfiff des Spiels gegen die Hongkonger Mannschaft machten die Zuschauer ihrem Unmut über die Niederlage der VRCh-Auswahl zunächst durch ein Pfeifkonzert Luft, während die VRCh-Spieler den Gewinnern aus Hongkong den sportlichen Handschlag verweigerten. Auf dem Weg in die Kabinen wurden vor allem die Hongkonger Spieler mit Flaschen und Obstschalen beworfen. Einer von ihnen erlitt Verletzungen am Kopf und an einer Hand. Danach rotteten sich außerhalb des Stadions einige hundert Jugendliche zusammen und bewarfen eine Reihe von Fahrzeugen mit Steinen und Ziegeln. Einige Ausländer wurden beschimpft, bespuckt und bedroht, doch keiner von ihnen wurde verletzt. Ein Taxi wurde von der aufgebracht Menge umgeworfen, und der Fahrer erhielt Prügel. Fensterscheiben, Abfallbehälter und eine Verkehrsinsel gingen zu Bruch. Insgesamt wurden 25 Autos beschädigt. Die Polizei, die von den Ausschreitungen offenbar völlig überrascht wurde, griff erst 1 1/2 Stunden nach Beginn der

Krawalle ein. Dabei erlitten 30 Beamte Verletzungen.

Allen vorliegenden Berichten zufolge gingen die zum Teil fremdenfeindlichen Krawalle von einer kleinen Minderheit von gewalttätigen Jugendlichen aus. Die Eskalation der Auseinandersetzungen, an denen später mehrere tausend Menschen beteiligt gewesen sein sollen, wird vor allem zwei Faktoren zugeschrieben:

1. Die Polizei griff zu spät ein. Überhaupt war die Polizei völlig unvorbereitet, obwohl es in China bereits im letzten Jahr zu mehreren Zwischenfällen bei Fußballspielen gekommen war, bei denen es nicht nur Verletzte, sondern auch Tote gegeben haben soll (siehe Xinhua, 29.4.85, nach SWB, 4.5.85).
2. Für den Transport der Fußballfans wurden viel zu wenig Busse eingesetzt, so daß Tausende von Zuschauern lange Zeit vor dem Stadion im Regen ausharren mußten. Dadurch wurden die Frustrationen der Fans wegen der unerwarteten Niederlage noch verstärkt, und es kam zu einer Vermischung einer kleinen randalierenden Minderheit mit einer reichlich frustrierten Masse von Zuschauern.

Politiker und Massenmedien der VRCh verurteilten die Zwischenfälle auf das schärfste. Obwohl - so der allgemeine Tenor - die Krawalle nur von einer kleinen Minderheit von "schwarzen Schafen" ausgegangen seien, stellten sie doch "eine Schande für die Nation" dar (RMRB, 22.5.85). Die "Beijing Ribao" sprach in ihrem Kommentar von einem "dummen und unzivilisierten Zwischenfall" (Beijing Ribao, 22.5.85, nach XNA, 22.5.85) und von einem "großen Skandal", durch den "wir Gesicht verloren haben" (nach Zhongguo Xinwenshe, 22.5.85, in SWB, 25.5.85). Der stellvertretende Minister für Sport und Körperkultur, Yuan Weiman, wies energisch Behauptungen zurück, bei den Krawallen habe es sich um eine "patriotische Tat" gehandelt: Wie könne man behaupten, patriotisch gehandelt zu haben, wenn man "Schande über das eigene Land" gebracht habe, wetterte der Vizeminister. Yuan forderte bessere Sicherheits- und Schutzmaßnahmen in den Stadien, mehr sportliches Verhalten und eine bessere Erziehung in Höflichkeit, Moral und Disziplin. Nicht zuletzt müsse "eine eindeutige Trennungslinie zwischen Patriotismus und engstirnigem Nationalismus" gezogen werden (Xinhua, 30.5.85, nach SWB, 5.6.85). In den chinesischen Massenmedien wurde durchgängig eine strenge Bestrafung der Rädelsführer gefordert.

Wegen der Niederlage gegen Hongkong und dem damit verbundenen Ausscheiden aus der Qualifikation für die Fußballweltmeisterschaft in Mexiko trat der chinesische Fußballnationaltrainer, Zeng Xuelin, von seinem Posten zurück. Der chinesische Fußballverband nahm den Rücktritt des Trainers an und schloß außerdem eine nicht genannte Anzahl von Spielern aus der Nationalmannschaft aus (Radio Beijing, 30.5.85 u. XNA, 31.5.85, nach SWB, 5.6.85) - offenbar haben nach Einschätzung des Verbands nicht nur die Randalierer unter den Zuschauern, sondern auch die Spieler selbst Schande über das Reich der Mitte gebracht. (Weitere Quellen: IHT, 21.5.85; NZZ, 23.5.85; FEER, 30.5. u. 6.6.85; AW, 31.5.85; BRU, 4.6.85) -sch-

KULTUR

*
*
* * * * *

*** (14)
Antarktis-Expedition**

Am 6. Mai 1985 gaben führende Vertreter der Partei und der Regierung in Beijing einen Empfang für die Teilnehmer der ersten chinesischen Antarktis-Expedition, die am 20.11.1984 von Shanghai aus gestartet und nach einer 142tägigen Reise von über 26.000 Seemeilen am 10. April 1985 wieder in Shanghai gelandet war (vgl. C.a. März 1985, Ü 4). Das Team hatte die Antarktis-Station "Große Mauer" errichtet und Seen und Buchten in der Nähe der Station mit chinesischen Namen bezeichnet. Zugleich hatte es umfangreiche Studien auf dem Gebiet der Biologie, Geologie, Astrophysik, Seismologie, Kartographie und Meereswissenschaft getrieben, eine große Menge von Proben und wissenschaftlichen Daten gesammelt und 14 Forschungsprojekte vorangetrieben. Auf dem Empfang wurden die Wissenschaftler für ihre Leistungen ausgezeichnet und wurde ihr Beitrag für die Wissenschaft gewürdigt. Zuvor hatte der Expeditionsleiter einen Bericht über die Expedition gegeben. Vizepremier Li Peng betonte auf dem Empfang, daß China bereit sei, mit dem Ausland stärker auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Antarktis zusammenzuarbeiten. Zugleich forderte er chinesische Wissenschaftler aus dem Ausland sowie aus Taiwan, Hongkong und Macao zu Forschungsarbeit auf der chinesischen Antarktis-Station "Große Mauer" auf (XNA, RMRB, 7.5.85; vgl. auch den Artikel über den wissenschaftlichen Ertrag der Expedition in RMRB, 4.5.85 und die Reportage über die Expedition in RMRB, 6.5.85).

Die Antarktis-Expedition war in

China mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden; zumal die Medien widmeten ihr breiten Raum. Ganz offensichtlich diente diese Berichterstattung der Steigerung des nationalen Selbstbewußtseins im chinesischen Volk. Auch der Empfang trug dazu bei, den Erfolg der Expedition ins Bewußtsein des Volkes zu rücken. -st-

*(15)

Komitee zur Vereinheitlichung wissenschaftlich-technischer Termini

Ende April 1985 wurde in Beijing ein nationales Komitee zur Vereinheitlichung naturwissenschaftlicher und technischer Termini gegründet. Präsident des Komitees ist der bekannte Physiker Qian Sanqiang, der bei der Gründungsversammlung darauf hinwies, daß die Standardisierung der Terminologie in Wissenschaft und Technik im Zuge der schnellen Entwicklung von Wissenschaft und Technik in China und der Öffnung Chinas nach außen ein dringendes Erfordernis sei. Unklarheit bei Fachausdrücken schaffe Probleme beim Austausch wissenschaftlicher Informationen sowie bei Forschung und Lehre. Zu den Hauptaufgaben des Komitees gehören die Veröffentlichung der vereinheitlichten Termini, das Sammeln entsprechender Daten sowie die Information darüber im In- und Ausland, die Herausgabe einer Zeitschrift über die Arbeit des Komitees und das Unterhalten von Kontakten zu ausländischen Organisationen. Das Komitee ist in Unterausschüsse für Physik, Mathematik, organische und anorganische Chemie, Astronomie, Meteorologie, Paläontologie, Biologie und Geologie untergliedert. Weitere Unterausschüsse für Geographie, Mechanik, Geophysik und Aquakultur sind in Vorbereitung (XNA, 26.4.85). -st-

*(16)

ZK-Beschluß über die Reform des Erziehungswesens

Am 27. Mai 1985 verabschiedete das ZK der KPCh die kurz zuvor auf der nationalen Erziehungskonferenz diskutierten Beschlüsse über die Reform des Erziehungssystems. Das Reformdokument wurde am 29.5.85 in der Volkszeitung abgedruckt.

Es ist in vier Abschnitte gegliedert:

Der erste Abschnitt erläutert die grundlegenden Ziele der Reform des Erziehungssystems, nämlich die "Anhebung der Qualität des Volkes" und die vermehrte Heranbildung von begabten Menschen. Dabei bezieht sich der Begriff "Qualität des Volkes" (minzu suzhi) in diesem Zusammenhang auf das allgemeine kulturelle und wissenschaftliche

Niveau des Volkes. Die drei folgenden Abschnitte behandeln jeweils die Reformen hinsichtlich der Einführung der allgemeinen Schulpflicht, der Strukturreform der Sekundarschulen und der Gewährung größerer Autonomie für die Hochschulen.

Was die Allgemeinbildung angeht, so wird die Einführung der neunjährigen Schulpflicht, d.h. sechs Jahre Grundschule plus drei Jahre untere Mittelschule, postuliert. Da dies nicht gleichzeitig in ganz China zu verwirklichen ist, ist eine ungleiche Entwicklung vorgesehen, wobei es drei Kategorien unterschiedlicher Entwicklungsstufen gibt:

Die erste Kategorie, die etwa ein Viertel der chinesischen Bevölkerung ausmacht, umfaßt die Städte, die wirtschaftlich entwickelten Küstenregionen und die wenigen gut entwickelten Gebiete im Landesinneren. Sie sollen die neunjährige Schulpflicht bis 1990 eingeführt haben. Die zweite Kategorie, die die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, betrifft Kleinstädte und Dörfer der mittleren Entwicklungsstufe. Diese sollen zunächst den allgemeinen Grundschulbesuch, also die sechsjährige Schulpflicht, einführen und gleichzeitig aktiv Vorbereitungen treffen für den zusätzlichen Pflichtbesuch der unteren Mittelschule oder einer Berufs- oder Fachschule, ein Ziel, das für diese Gruppe bis 1995 erreicht werden soll. Zur dritten Kategorie, die ein Viertel der Bevölkerung umfaßt, gehören die wirtschaftlich rückständigen Gebiete, die sich je nach ihrem Entwicklungsstand um die Einführung der Grundschulpflicht bemühen sollen und denen dabei staatliche Unterstützung zuteil werden soll.

Zuständig für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht sind die Lokalbehörden. Die örtlichen Volkskongresse sind gehalten, genau festzulegen, welche Schritte und Maßnahmen unternommen werden und innerhalb welcher Frist das Ziel erreicht werden kann.

Da eine qualifizierte Lehrerschaft Voraussetzung für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht ist, sollen Anstrengungen unternommen werden, die soziale Stellung der Lehrer anzuheben. Durch formale Studienabschlüsse und regelmäßige Lehrerfortbildung soll der Lehrerstand qualifizierter werden. Innerhalb von fünf Jahren sollen alle Lehrer mit Zeugnissen und klaren Qualifikationsnachweisen ausgestattet sein.

Auf der Sekundarschulebene soll die Strukturreform verstärkt weitergeführt werden mit dem Ziel,

daß es innerhalb der nächsten fünf Jahre auf der Stufe der oberen Mittelschule genauso viele Berufsschüler wie Schüler allgemeinbildender Schulen gibt. Für die berufliche und fachliche Bildung sind hauptsächlich die örtlichen Behörden zuständig. Schulen für berufliche und fachliche Bildung können von Betrieben, Berufsorganisationen und Kollektiven, aber auch von Einzelpersonen in Zusammenarbeit mit den Behörden betrieben werden.

Auf dem Hochschulsektor sollen insbesondere das Zulassungssystem zu den Hochschulen und das System der Stellenzuweisung der Hochschulabsolventen reformiert werden. Hier sollen drei Möglichkeiten offenstehen: 1. Zulassung nach dem staatlichen Plan und Stellenvermittlung durch den Staat, wobei allerdings die eigenen Wünsche, die Empfehlungen der Hochschule und die Auswahl auf Seiten der einstellenden Einheit berücksichtigt werden. Ein bestimmter Prozentsatz der Absolventen wird in "schwierige" Gebiete vermittelt, genießt dort aber besondere Vergünstigungen. 2. Zulassung aufgrund der Anforderungen von einstellenden Einheiten, die dann einen Teil der Studiengebühren tragen. 3. Zulassung außerhalb des staatlichen Plans als Selbstzahler.

Auch das Stipendiensystem wird reformiert: Stipendien werde nur noch an Lehramtsstudenten und Studenten, die nach dem Studium unter schwierigen Bedingungen arbeiten müssen, für hervorragende Leistungen und für Bedürftige vergeben. Zudem sollen die Hochschulen größere Autonomie erhalten, womit das Verantwortlichkeitssystem der Hochschulleiter voll verwirklicht wird. Die Hochschulen haben das Recht, zusätzlich zum staatlichen Plan Studenten aufzunehmen, sie können über ihre Mittel selbst verfügen, ihre Lehrpläne und -programme sowie Lehrmaterialien selbst gestalten und mit anderen wissenschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Der letzte Abschnitt befaßt sich mit organisatorischen Fragen. Zur Stärkung der Führung durch die Partei und Regierung wird eine Staatliche Erziehungskommission eingerichtet, die für die allgemeine Richtung der Bildungspolitik und die Planung und Koordinierung der Erziehungsarbeit zuständig ist. Es soll besonders darauf geachtet werden, daß die örtlichen Stellen der Entwicklung des Erziehungswesens vorrangige Bedeutung beimessen und auf diesem Gebiet mehr Initiative entfalten.

In bezug auf die Verwaltung der Schulen erhält der Schulleiter die volle Verantwortung. Zugleich sollen Organe gebildet werden, in denen die Lehrer Mitspracherecht haben. Die Aufgaben der Parteiorganisationen an den Schulen sollen auf die ideologische und politische Arbeit beschränkt werden.

Insgesamt gesehen, enthält das Reformdokument keine spektakulären Neuerungen, die nicht schon seit längerem diskutiert worden wären. Das gilt insbesondere für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, die Strukturreform der Sekundarschulen, die seit über fünf Jahren im Gespräch ist, die Reform der Stellenvermittlung für Hochschulabsolventen und die Erweiterung der Kompetenzen der Hochschulen. Alle vorgesehenen Reformen werden seit einiger Zeit an ausgewählten Schulen erprobt und haben sich mithin bereits in der Praxis bewährt. -st-

*(17)

Nationale Erziehungskonferenz

Vom 15.-20. Mai 1985 fand in Beijing eine vom ZK der KPCh und Staatsrat einberufene nationale Erziehungskonferenz statt. Hauptzweck der Konferenz war, Reden der politischen Führer über deren Vorstellungen zur Erziehungsreform zu hören und den Entwurf eines ZK-Dokumentes über die Reform des Erziehungssystems zu diskutieren. Zu den über 600 Teilnehmern zählten führende Vertreter der Erziehungs- und Propagandabehörden auf Provinzebene, Vertreter der verschiedenen Abteilungen des ZK und des Staatsrates, einzelner Betriebe und verschiedener Schulen, Vertreter der Partei und Massenorganisationen sowie einzelne namhafte Erziehungswissenschaftler und Spezialisten.

Hu Qili, Mitglied des ZK-Sekretariats, steckte in seiner Eröffnungsrede den Rahmen für die Konferenz ab. Dabei wies er auf die Notwendigkeit hin, der Erziehung allgemein mehr Aufmerksamkeit zu widmen und insbesondere die Erziehungsreform als grundlegende strategische Aufgabe zu betrachten, denn der wirtschaftliche Aufbau, die gesellschaftliche Entwicklung und der wissenschaftlich-technische Fortschritt hingen alle von menschlichen Begabungen ab, und der Schlüssel zur Lösung des Problems der Begabungen liege in der Erziehung. Das ZK-Sekretariat, so fuhr er fort, habe diesem Umstand Rechnung getragen und diese strategische Frage für die ganze Partei auf die Tagesordnung gebracht, indem es ein Dokument über die Reform des Erziehungssystems herausgebracht habe. Das Dokument, das jetzt dem Kongreß zur Diskussion

vorgelegt würde, behandle auf die richtige Weise das Verhältnis zwischen dem Aufbau der sozialistischen Zivilisation und das Verhältnis zwischen dem Erziehungswesen und dem Aufbau der Vier Modernisierungen. Ferner lege es den Leitgedanken fest, daß die Erziehung dem sozialistischen Aufbau dienen müsse und daß der sozialistische Aufbau von der Erziehung abhängt. In bezug auf die Erziehungsreform nenne es eine Reihe bedeutungsvoller Beschlüsse, z.B. die Überantwortung der Grundbildung an die lokalen Stellen, die schrittweise Einführung der neunjährigen Schulpflicht, die Strukturreform der Sekundarschulen, die Reform des Zulassungssystems zu den Hochschulen und der Verteilung der Hochschulabsolventen und eine größere Autonomie der Hochschulen (RMRB, 16.5.1985).

Die zweite wichtige Rede der Konferenz wurde am 17. Mai von Wan Li, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK sowie stellvertretender Ministerpräsident im Staatsrat, gehalten. Der Wortlaut der Rede wurde in der Volkszeitung vom 31.5.85 abgedruckt. Einleitend wies Wan Li auf die Bedeutung der Erziehungsreform für die sozialistische Modernisierung und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Chinas bis zur Jahrhundertwende hin. Die Rede gliederte sich in drei Teile. Im ersten Abschnitt stellte der Redner die Dringlichkeit der Erziehungsreform und der Einführung der ZK-Beschlüsse zur Reform des Erziehungssystems heraus. Die Heranbildung von Talenten sei von entscheidender Bedeutung für die Modernisierung, und daher komme dem Erziehungswesen eine strategische Rolle zu. Das Erziehungswesen erfordere große Investitionen, die sich aber langfristig lohnen würden. Viele Partei- und Regierungsleute hätten das schon erkannt, doch einige hätten aufgrund linker Ideen die Wichtigkeit der Erziehung immer noch nicht erkannt. Zu geringe Investitionen im Erziehungswesen seien zwar ein ernstes Problem, und hier müsse zweifellos etwas getan werden, noch wichtiger aber sei, daß man die Bedeutung der Erziehung allgemein anerkenne und daß man sehe, daß die Erziehungsreform unmittelbaren Einfluß auf das Gelingen der Vier Modernisierungen habe.

Im zweiten Teil befaßte sich Wan Li mit der Frage, warum die Erziehungsreform mit der Reform der Bildungsstruktur zu beginnen habe. Zunächst setzte er sich mit dem Einwand auseinander, die Einführung der neunjährigen Schulpflicht sei angesichts der 230 Millionen Analphabeten oder halben Analpha-

beten und der noch nicht verwirklichten allgemeinen Schulpflicht verfrüht. Er sei in bezug auf die Verwirklichung dieses Zieles jedoch nicht so pessimistisch, denn wenn die Wirtschaft gut laufe und sich der Lebensstandard der Bauern erhöhe, würden diese auch die Bedeutung wissenschaftlich-kultureller Kenntnisse erkennen und ein Verlangen nach Bildung haben. Die allgemeine Grundschulbildung sei die Grundlage und das Kennzeichen einer modernen Zivilisation. Der Ausbau der beruflichen und fachlichen Bildung sowie des Hochschulwesens hänge in entscheidendem Maße von der Verbreitung und Verbesserung der Grundschulbildung ab. Hierbei sei eine Doppelstrategie zu verfolgen, nämlich einerseits das Analphabetentum abzuschaffen und die allgemeine Schulpflicht durchzusetzen und andererseits schrittweise die neunjährige Schulpflicht einzuführen. Dabei könne man nicht einheitlich verfahren, sondern es müsse eine ungleiche Entwicklung in Kauf genommen werden. So müsse es bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht Notgedrungen zwischen den Städten, den wirtschaftlich entwickelten Küstenregionen und einigen entwickelten Gebieten im Landesinneren, weniger entwickelten Kleinstädten und Dörfern sowie unterentwickelten Gebieten wie den alten Stützpunktgebieten, Minderheiten- und Grenzgebieten und armen Gebieten Unterschiede geben in bezug darauf, wieviele Jahre benötigt werden und welche Schritte und Methoden zu unternehmen sind. Wenn die Städte, die wirtschaftlich gut entwickelten Küstenregionen und die wenigen gut entwickelten Gebiete im Landesinneren, die etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen, sowie die Kleinstädte und Dörfer der mittleren Entwicklungsstufe, die etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen, bis 1990 bzw. vor 1995 die neunjährige Schulpflicht im wesentlichen einführen und wenn gleichzeitig ein sehr großer Teil der Jugendlichen eine berufliche oder fachliche Bildung erhält, dann würde das nicht nur die Lage des chinesischen Erziehungswesens, sondern das Antlitz des chinesischen Staates verändern. Wenn das erreicht sei, dann könnten die entwickelten Gebiete den genannten unterentwickelten Gebieten beim Ausbau ihres Erziehungswesens helfen.

Für beide Ziele, den Ausbau der Grundschulbildung und die Einführung der neunjährigen Schulpflicht, sei die Heranbildung einer großen Zahl von qualifizierten Lehrern erforderlich, und zwar müsse die Lehrerbildung auf allen Ebenen Vorrang haben. Ohne gute Lehrer gebe es keine gute Erzie-

hung, selbst wenn die finanziellen Mittel vorhanden wären. Wirksame Maßnahmen seien die Anhebung der sozialen Stellung der Lehrer und die jährliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Lebensumstände. Der Lehrerberuf solle für die besten Studenten zu einem der attraktivsten Berufe werden.

Was die Sekundarschulen angehe, so sei ein Schwerpunkt der gesamten Reform der Ausbau der beruflichen und fachlichen Bildung. Diese stelle das schwächste Glied im chinesischen Erziehungswesen dar - ganz im Gegensatz zu den entwickelten Ländern. Mit der fortschreitenden Modernisierung und dem Gebrauch neuer Techniken und Fertigkeiten wiege dieses Problem in Zukunft immer schwerer. Werde hier nicht Abhilfe geschaffen, würden die Öffnungspolitik und die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt. Die vielfach noch bestehende traditionelle Auffassung, daß man auch ohne Berufs- oder Fachausbildung ein guter Angestellter oder Arbeiter sein könne, passe nicht mehr in die moderne Zeit.

Auf dem Hochschulsektor müsse die Reform weitergehen, zumal das vorhandene Potential sehr groß und teilweise noch nicht voll ausgeschöpft sei, was die Stundenzahl der Lehrkräfte, die Seminarräume, Laboratorien und Bibliotheksmaterialien angehe. Die Autonomie der Hochschulen sei weiter zu stärken, und die Hochschulen sollten enger mit der Wirtschaft und Gesellschaft zusammenarbeiten und sich an deren Bedürfnissen orientieren. Zudem müßten das Zulassungssystem und die Stellenzuweisung der Absolventen reformiert werden.

Der dritte Abschnitt der Rede war den Bildungsidealen und Lehrmethoden gewidmet. Beides müsse reformiert werden, so forderte Wan Li, um es mit dem Aufbau der sozialistischen Modernisierung in Einklang zu bringen. Hauptziel der Reform des Erziehungssystems sei die Verbesserung "der Qualität der Nation" und mehr und bessere Talente zu produzieren. China sei in einer neuen historischen Phase der Revolution angelangt, in der es darum gehe, Armut und Rückständigkeit zu überwinden, die Demokratie und das Rechtssystem zu stärken und ein starkes sozialistisches Land mit einer hohen Zivilisation und einem hohen Grad an Demokratie aufzubauen. Die dafür benötigten Menschen sollten nach Wan Lis Worten folgende Eigenschaften haben: Ideale, Moral, Bildung, Disziplin, Liebe zum sozialistischen Vaterland und zum Sozialismus, Bereitschaft, sich hingebungsvoll dem Kampf zu widmen, den Staat reich

und stark zu machen und das Wohl des Volkes zu erhöhen, ständig nach neuem Wissen suchen und einen wissenschaftlichen Geist, der die Wahrheit in den Tatsachen sucht und mutig Neues schafft. Um Menschen mit solchen Eigenschaften heranzubilden, brauche man zeitgemäße Lehrmethoden. Vielfach würden jedoch immer noch die überholten traditionellen Methoden angewendet, wie z.B. Zuhören im Unterricht und anschließendes Auswendiglernen, Abfragen des stur auswendig Gelernten in den Prüfungen; all dies würde die Schüler und Studenten nicht gerade motivieren. Auch die Lehrinhalte seien unflexibel und verknöchert; als einzige Aufgabe der Erziehung würde es angesehen, diese Inhalte "einzulöben", ohne nach dem Warum zu fragen und ohne daß Zweifel erlaubt wären. Die so herangezogenen Menschen würden nur Bücherwissen haben und nur das tun, was man ihnen sagt, doch fehle es ihnen an Kreativität und Unternehmungsgeist.

Gegenwärtig gebe es immer noch zu wenig hochbegabte Leute, was mit den Bildungsidealen und Erziehungsmethoden zusammenhänge. Bei der Suche nach Talenten verfare man nach festen Maßstäben, indem man von hervorragenden Talenten verlange, daß sie in jeder Hinsicht vollkommen seien. In Wirklichkeit aber seien sie aufgrund von Vorlieben und Abneigungen, Charakter und Umgebung verschieden und häufig nur auf einem Gebiet begabt. Solche Talente gelte es herauszufinden. Gebraucht würden unabhängig denkende Menschen, die Unternehmungsgeist und den Mut haben, zu forschen und neue Wege zu gehen.

Am vorletzten Konferenztag schließlich richtete Deng Xiaoping das Wort an die Konferenzteilnehmer, wodurch die Bedeutung der Erziehungsreform in besonderem Maße herausgestellt wurde. Mit seiner Anwesenheit, so sagte er, wolle er seine Unterstützung für die Erziehungsarbeit zum Ausdruck bringen. Seiner Meinung nach sei der Entwurf über die Beschlüsse zur Erziehungsreform ein gutes Dokument. Auch Deng machte den engen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas und dem Erziehungswesen deutlich. Er habe immer wieder gesagt, Chinas Wirtschaft könne hundert Jahre nach Gründung der Volksrepublik das Niveau der entwickelten Staaten erreichen. Eine Voraussetzung dafür sei, daß die Chinesen bis dahin das Erziehungswesen vorangebracht, das wissenschaftlich-technische Niveau gesteigert und Hunderte von Millionen begabter Menschen herangezogen hätten. Die Stärke und das wirtschaftliche Potential Chinas hänge in zunehmendem Maße von der

Qualität der Werktätigen und der Zahl und Qualität der Intellektuellen ab. Chinas Potential an Menschen, das von keinem anderen Land eingeholt werden könne, dazu das fortgeschrittene sozialistische System brächten die Chinesen ihrem Ziel zum Greifen nahe.

Sodann rief er die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen auf, dem Erziehungswesen vorrangige Bedeutung beizumessen. Er wiederholte das bereits mehrfach aus seinem Munde vernommene Schlagwort, man solle weniger leere Worte machen als vielmehr handeln, womit er die Kader aufforderte, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Reformen auf der örtlichen Ebene in die Praxis umzusetzen und wie die konkreten Schwierigkeiten zu bewältigen seien.

In bezug auf die Entwicklung des Erziehungswesens sei er optimistisch, wenn er sehe, mit welcher Begeisterung in den Städten und auf dem Lande Schulen eingerichtet würden und wie viele patriotische Auslandschinesen Stiftungen für den Schulbau machten. Das generelle Ziel der Erziehungsreformen wie aller anderen Reformen sei, Armut und Rückständigkeit zu überwinden, den Staat reich und stark zu machen, China zu modernisieren und einen Sozialismus mit chinesischen Charakteristika aufzubauen (RMRB, 20.5.85).

Bewertet man die Reden auf der nationalen Erziehungskonferenz, so ist festzuhalten, daß die Reformen auf dem Gebiet des Erziehungswesens alle dem einen Ziel dienen sollen, China zu modernisieren und "stark und reich" zu machen. Schon die in den letzten Jahren probeweise eingeleiteten Reformmaßnahmen im Bildungswesen ließen die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft erkennen. Wie nie zuvor wurde dieser Zusammenhang auf der Konferenz betont. Daß die Erziehung der wirtschaftlichen Entwicklung dienen soll, kommt auch darin zum Ausdruck, daß bei den Bildungsidealen und Lehrinhalten die Ideologie nurmehr eine untergeordnete Rolle spielt. Vorbei sind die Zeiten, da ein neuer sozialistischer Mensch herangezogen werden sollte, der erfüllt ist vom Geist des Klassenkampfes und der Revolution. Heute sind Qualifikation und Effektivität gefragt und Menschen, die den Anforderungen des technischen Zeitalters gewachsen sind. Das alte Bildungsideal der Kommunistischen Partei "sowohl rot als auch fachmännisch", das jahrzehntelang Gültigkeit besaß, ist mit keinem Wort mehr erwähnt.

-st-

* (18)
Kongresse kultureller Verbände

Im Mai 1985 wurde die Reihe der nationalen Kongresse der Künstlerverbände (vgl. C.a. 1985/4, Ü 24) fortgesetzt. Der Verband der bildenden Künstler veranstaltete vom 6.-11. Mai 1985 seinen vierten Kongreß in Jinan. Dieser zählte knapp 500 Teilnehmer aus allen 29 Einheiten auf Provinzebene, aus Hongkong, Macao und Taiwan sowie aus der VBA. Der Kongreß wählte einen 221köpfigen Vorstand, aus dem wiederum ein 56köpfiger ständiger Vorstand gewählt wurde. Zum Präsidenten des Verbandes wurde der bekannte Maler Wu Zuoren gewählt (RMRB, 7. u. 13.5.85).

Am 7. Mai begann der zweite Kongreß des Akrobatenverbandes, der erst im November 1981 gegründet worden war. Zu dem Kongreß waren gut 250 Vertreter nach Beijing gekommen (RMRB, 8.5.85).

Der Kongreß des Fotografenverbandes fand vom 9.-12. Mai in Beijing statt. Es handelte sich um den vierten Kongreß dieses Verbandes (RMRB, 10. u. 16.5.85).

Ebenfalls seinen vierten Kongreß hielt der Musikerverband vom 11. Mai an in Beijing ab. An ihm nahmen über 600 Vertreter aus ganz China teil (RMRB, 12.5.85).

Der Tänzerverband schließlich kam vom 22.-29. Mai zu seinem fünften Kongreß in Beijing zusammen. Er war in besonderem Maße von Tanzkünstlern der verschiedenen Nationalitäten geprägt. Unter den fast 400 Teilnehmern befanden sich zahlreiche Mongolen, Hui, Tibeter, Yi, Zhuang, Koreaner und Mandschus. Zum Verbandspräsidenten wurde der berühmte Tänzer Wu Xiaobang wiedergewählt (RMRB, 23. u. 30.5.85).

Auf allen Kongressen wurden die Satzungen revidiert und die Verbandsführungen demokratisch gewählt. Nunmehr haben elf der insgesamt zwölf Künstlerverbände ihre nationalen Kongresse abgehalten. Es steht noch aus der Kongreß der Gesellschaft zum Studium von Volksliteratur und -kunst, deren Präsident Zhou Yang ist. Zhou Yang ist zur Zeit krank. -st-

* (19)
Forderung nach patriotischer Kunst

Hu Yaobang, der Generalsekretär der KPCh, hat kürzlich eine kleine Anmerkung verfaßt, die für alle Künstler die Bedeutung einer Weisung hat, wie es in der Volkszeitung hieß (RMRB, 26.5.85). Kernsatz dieser Weisung sind die folgenden Worte: "Eine ganz wichtige politische Aufgabe der Literatur-

und Kunstschaffenden und der darstellenden Künstler ist es, den Patriotismus des ganzen Volkes anzufeuern, damit es entschlossen nach nationaler Stärke strebt und sich dem Aufbau der sozialistischen Modernisierung des Vaterlandes widmet."

Anlaß für diese Weisung war der Brief eines zur Zeit in den USA studierenden Postgraduiererten, den dieser im Februar 1985 im Namen von knapp 200 chinesischen Studenten, die derzeit alle an der Universität Wisconsin/Madison studieren, an das Erziehungsministerium und andere zentrale Behörden in Beijing geschrieben hatte. In dem Brief hatte der Verfasser Kritik daran geübt, daß auf den kulturellen Abendveranstaltungen anlässlich des chinesischen Nationalfeiertags, wie er letztes Jahr in China begangen wurde, keine patriotischen Lieder gesungen worden seien. Statt dessen habe man im Programm nur Lieder gehabt, die nichts mit dem chinesischen Nationalfeiertag zu tun gehabt hätten. Er erinnerte daran, daß auf entsprechenden Veranstaltungen in den USA zum amerikanischen Nationalfeiertag sehr wohl traditionelle patriotische Lieder gesungen worden seien. Seiner Meinung nach brauche die chinesische Jugend, die sich für die vier Modernisierungen einsetze, patriotische Kunst, die sie ansporne. Selbstverständlich solle man jede Art von Musik erlauben; gleichzeitig aber hätten die Propagandabehörden die Pflicht, patriotische Musik zu verbreiten. Deshalb schlage er folgendes vor: 1. Künftig sollte es am Nationalfeiertag und zu Neujahr im Fernsehen patriotische Lieder und patriotische Musik geben. 2. In der schönen Jahreszeit von Frühling bis Herbst sollte jeden Monat an einem Nachmittag eines bestimmten Wochenendes vom Orchester der Volksbefreiungsarmee vor dem Denkmal für die Helden des Volkes auf dem Tiananmen-Platz ein kostenloses Konzert mit patriotischer Musik geboten werden. 3. Bei allen wichtigen Sportwettkämpfen sollte von einer Militärkapelle die Nationalhymne gespielt werden.

Diese Vorschläge, so schloß der Student seinen Brief, hätten nichts mit konservativem Denken zu tun und dürften auch nicht mit linken Tendenzen verwechselt werden. Schließlich könne man nicht hundert Blumen in der Musik blühen lassen und dabei patriotische Lieder und patriotische Musik untergehen lassen (vgl. die Auszüge aus dem Brief in RMRB, 26.5.85).

Dieses Plädoyer für eine patriotische Kunst, das Hu Yaobang persönlich in einer Weisung unterstützte, die an alle Propaganda- und

Erziehungsbehörden, Medien und Verlage erging, ist eines von vielen Zeichen für eine verstärkte patriotische Welle in China. Die Betonung des Patriotismus, die zweifellos von offizieller Seite beabsichtigt ist, kann als positive und konstruktive Kehrseite des Kampfes gegen die sog. geistige Verschmutzung gewertet werden. Dabei ist es sicherlich kein Zufall, daß die Forderung nach patriotischer Musik im vorliegenden Fall von chinesischen Studenten, die in den USA studieren, erhoben wurde. Möglicherweise sollte auf diese Weise jenen konservativen Kritikern der Wind aus den Segeln genommen werden, die aufgrund der westlichen Kultureinflüsse gerade auf die chinesischen Auslandsstudenten eine Verdrängung der traditionellen chinesischen Kultur befürchten. -st-

* (20)
Kritik an Boulevardzeitungen

In letzter Zeit blüht in den Städten Chinas das Geschäft mit "ungesunden Zeitungen", wie es in der chinesischen Amtssprache heißt, also mit kleinen Blättern, die reißerische, oft obszöne Inhalte haben und auf der Straße verkauft werden. Angebot und Nachfrage dieser Boulevardblätter steigen ständig, so daß man sich jetzt von offizieller Seite bemüht, gegen dieses Zeitungsunwesen vorzugehen. Kürzlich hatte Hu Yaobang in seiner Rede über die journalistische Arbeit den Anstoß gegeben, indem er Kritik an dieser Art von Zeitungen äußerte und auf die Gefahr hinwies, daß die Jugend durch solche Blätter verdorben würde (s. C.a. 1985/4, Ü 13). In einem Kommentar der Guangming-Zeitung vom 8.5.85 heißt es zu diesem Problem: Der Vertrieb von ungesunden Zeitungen habe zwar die Aufmerksamkeit der Gesellschaft erregt, aber man sei bisher zu lasch gewesen, um diesem Problem auf den Grund zu gehen. Es bestehe sogar die Tendenz, daß sich diese Zeitungen von den Städten aufs Land ausbreiteten. Diejenigen, die diese Blätter herstellten und vertrieben, seien nur aufs Geldverdienen aus, zum Teil auch die Kulturbehörden. Voraussetzung dafür, die Einnahmen auf dem Publikationssektor zu steigern, müsse aber sein, dem Volk reichhaltige geistige Nahrung zu bieten und die kulturellen Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Sei dies nicht der Fall und würde man statt dessen nur um des Profits willen obszöne Blätter an die Leser verkaufen, dann handle man gegen die Grundsätze der Partei in bezug auf Kultur- und Publikationsarbeit und verantwortungslos gegenüber der Gesellschaft und Jugend. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Filme und

Theaterstücke seien geistige Waren, die der Unterhaltung und Zerstreuung dienen sollen, die aber auch die geistige Verfassung der Menschen beeinflussen können. Diese geistigen Waren gelangten zwar in den Warenfluß, doch dürften sie nicht völlig dem Kommerz anheimfallen. Deshalb hätten sich die Kulturbehörden mit den geistigen Waren zu befassen, wobei sie nicht nur auf den wirtschaftlichen Ertrag, sondern vor allem auf die gesellschaftliche Wirkung zu achten hätten. Sie müßten sich überlegen, wie die geistige Haltung beeinflußt werden könne und ob die Produkte jugendgefährdend seien. Jedermann sollte sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewußt sein.

Ein weiterer Artikel in derselben Ausgabe der Guangming-Zeitung über die diesbezügliche Lage in Shanghai nennt die folgenden Gründe für die Geschäftemacherei mit Boulevardzeitungen: Viele Menschen würden die Reform des städtischen Wirtschaftssystems nicht richtig verstehen und nur aufs Geld sehen. Die ungesunden Blättchen würden für zwei-drei Groschen vertrieben; je höher die Auflagen, desto mehr Profit sei zu machen. Wenn einige Leute sähen, welcher Profit mit diesen Blättern zu erzielen sei, würden sie auch gleich welche produzieren. Die Behörden würden vielfach eine Laisser-faire-Haltung einnehmen und nichts dagegen unternehmen. Die Herausgeber der Boulevardblätter verdienten so viel Geld, daß sie sich trotz des allgemeinen Papiermangels und der daraus resultierenden Restriktionen auf dem Papiermarkt und den hohen Papierpreisen immer genügend Papier verschaffen könnten, während solide Verlage oft kein Papier kaufen können. Im übrigen wollten viele Leser, insbesondere Jugendliche, keine großen anspruchsvollen Werke lesen, sondern kurze, anspruchslose Literatur. Dies stelle eine Herausforderung für die Literatur- und Kunstschaffenden dar.

Shanghaier Verlagsleute gaben folgende Empfehlungen, um Abhilfe zu schaffen: 1. Die Qualität der Druckerzeugnisse müsse angehoben und das kulturelle Leben des Volkes bereichert werden. Die Verlage dürften nicht nur aufs Geld schauen. 2. Da der Papiermarkt so angespannt sei, müsse die Papierproduktion vom Staat verwaltet werden, wobei garantiert sein müsse, daß die regulären Verlage mit Papier versorgt würden und die Papierversorgung für Blätter mit ungesundem Inhalt eingestellt würde. 3. Man müsse noch mehr propagieren, daß es die Aufgabe der Literatur- und Kunstschaffenden sei, den Interessen der Mehrheit und

dem Aufbau der Vier Modernisierungen zu dienen.

In Shanghai, so hieß es abschließend, würden jetzt strengere Maßstäbe bei der Kontrolle der Zeitungen angelegt, so daß sich die Lage schon gebessert habe. Es erscheint allerdings fraglich, ob man dem Problem dauerhaft durch die empfohlenen Maßnahmen beikommen kann. Nur an den guten Willen und das Verantwortungsgefühl zu appellieren, dürfte nicht viel nützen. Die staatliche Kontrolle über den Papiermarkt zu intensivieren, wäre schon ein probateres Mittel, doch auch hier ist offensichtlich mit Geld viel zu machen.

Auch die Volkszeitung greift das Thema Boulevardzeitungen in einem kritischen Diskussionsbeitrag auf (RMRB, 26.5.85). Nach Erhebungen der zuständigen Behörden, so heißt es da, gibt es mittlerweile über dreihundert solcher Boulevardzeitungen. Von diesen soll etwa ein Drittel "relativ gut" sein, während die Mehrzahl von ihnen schlecht ist. Auch in diesem Kommentar wird an das Verantwortungsgefühl der Herausgeber, Autoren, Verleger und Vertreter der Boulevardzeitungen appelliert. Bei der Schaffung einer geistigen Zivilisation komme es darauf an, große Ideale aufzustellen und die Menschen dazu zu bringen, sich dafür einzusetzen, daß das Land reich und stark wird. Demgegenüber wird der Inhalt der Schundblätter als dekadentes bürgerliches Gedankengetöse und feudalistisches Gift bezeichnet. Dessen Verbreitung sei von den Behörden zu unterbinden. -st-

WIRTSCHAFT

*
*
* * * * *

***(21) Deutsch-chinesische Kooperationsabkommen**

Die Krupp MAK Maschinenbau GmbH, Kiel, hat als Generalunternehmen von der Volksrepublik China den Auftrag zur schlüsselfertigen Lieferung von drei Kraftstationen mit sechs Diesel-Generatoren bekommen. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf 33 Mio.DM. Die Kraftstationen mit jeweils 17 Megawatt Leistung, die im Frühjahr 1986 übergeben werden sollen, sind bestimmt für die Städte Jiangmen, Taishan, und Kaiping (in der Freihandelszone von Guangzhou). Für die Lieferung von vier weiteren Generatorsätzen liegt ein Letter of Intend vor. Auf weitere vier Motoreinheiten halten die Chinesen eine Option. Die Motoren verbrennen Rückstandöle. 340 MAK-Dieselmotoren werden bereits als Schiffsmotoren in 265

Schiffen unter chinesischer Flagge eingesetzt. (FAZ, 9.5.85)

Eine Großanlage zur Produktion von Magnesit-Sinter, der zur feuerfesten Ausmauerung in der Stahlindustrie dient, wird ein Konsortium der Beckumer Krupp-Tochter Polysius und der österreichischen Refractories Consulting and Engineering GmbH (RCE) an die Volksrepublik China liefern. Wie Polysius mitteilte, umfaßt der Auftrag die maschinelle Ausstattung, das Elektroteil mit einer Prozeßsteuerung und die Laborausstattung. Zum finanziellen Volumen des Geschäftes machte die Firma keine Angaben. Nach Schätzungen von Experten dürfte der Auftragsumfang jedoch bei rd.20 Mio.DM liegen. (NFA, 8.5.85)

Die zum Salzgitter-Konzern gehörende Salzgitter-Industriebau GmbH erhielt aus der Volksrepublik China einen Auftrag zur Lieferung einer Anlage zur Herstellung von Gußrohren. Wie Salzgitter am 2.5.1985 mitteilte, ist der Auftraggeber die China National Machinery and Equipment in Dalian. Die Anlage entsteht in der chinesischen Provinz Liaoning am Gelben Meer und soll jährlich rd.50.000 Gußrohre erzeugen. Über den Auftragswert teilte das Unternehmen nichts mit. Salzgitter rechnet sich bei der weiteren Vergabe von ähnlichen Anlagen auch künftig gute Chancen aus. (NFA, 3.5.1985)

Die Münchner Gabriel Sedlmayr Spaten-Franziskaner Bräu KGaA, München, hat zusammen mit deutschen und chinesischen Partnern eine Brauerei in der zentralchinesischen Stadt Wuhan (Provinz Hubei). Mitte 1987 soll dort die Bierproduktion unter dem Namen des Lizenzgebers Spaten anlaufen. Die Investitionen sollen 100 Mio.DM betragen, der Ausstoß jährlich 500.000 Hektoliter. An dem für den Bau zuständigen deutsch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmen Sino-German Yangzi River Brewery Ltd. sind mehrheitlich chinesische Gesellschaften beteiligt, auf deutscher Seite sind die für die technische Planung zuständige AMS Anlagenplanung GmbH & Co. KG, Hamburg, Spaten und die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern mbH, Köln, beteiligt. (FAZ, 8.5.85)

Eine Zusammenarbeit bei Consulting und Planung von Anlagen zur rationellen Energieverwendung sowie des Umweltschutzes haben die zur KAH-Gruppe gehörende Energieconsulting Heidelberg GmbH und das Shanghai Institute of Mechanical and Electrical Engineering (SIMEE) vereinbart. Das Kooperationsabkommen wurde Mitte Mai in Shanghai unter-